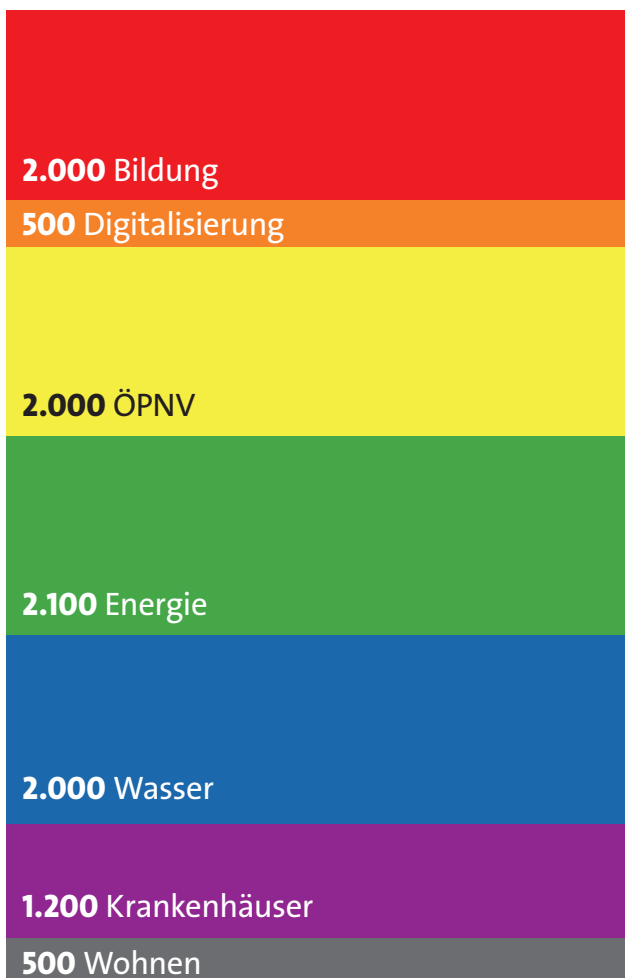


**DAS RICHTIGE FÜR SACHSEN:  
UNSER PLAN FÜR  
MILLIARDENINVESTITIONEN  
IN SACHSENS ZUKUNFT**

## Stell dir vor, wie Sachsen aussehen könnte, wenn es sein Potenzial voll ausschöpfen würde:

- Wenn sanierte und hochmoderne Krankenhäuser von überall schnell erreichbar wären – vor allem dann, wenn es schnell gehen muss.
- Wenn Wohnen in Stadt und Land bezahlbar wäre.
- Wenn man auf Sachsens Straßen, Wegen und Schienen auf unterschiedliche Arten von A nach B käme – auf vier Rädern, auf zwei Rädern, auf Schienen oder zu Fuß.
- Wenn alle sächsischen Schulen saniert und modern ausgestattet wären.
- Wenn im ganzen Land schnelles Internet verfügbar wäre, für private Haushalte und für Unternehmen.



**Investitionsbedarf in den nächsten Jahren**  
in Millionen Euro  
**(Summe: 10,3 Milliarden Euro)**

- Wenn wir in Sachsen so viel erneuerbaren Strom produzieren würden, dass er nicht nur für den eigenen Bedarf reichen würde, sondern auch noch welcher exportiert werden könnte – am besten über Leitungen, die uns selbst gehören.
- Wenn sich weder Landwirte, noch die Bevölkerung, noch die Unternehmen um die Wasserversorgung sorgen müssten.
- Wenn Sachsen Unternehmen neuen Produkten neue Märkte erschließen und uns damit wettbewerbsfähiger machen und so neue Wertschöpfungsketten nach Sachsen bringen.

Wenn das so wäre: Sachsen wäre gerüstet für die Zukunft. Sachsen wäre weiterhin lebenswert, für alle, die hier leben – und alle, die hier leben wollen. Die Unternehmen in Sachsen würden sich dynamisch entwickeln und der Arbeitsmarkt würde boomen. Die richtigen Investitionen in unsere Zukunft würden Früchte tragen.

**Und auch für den Finanzminister würden sich die Investitionen auszahlen: in Form von sprudelnden Steuereinnahmen.**

### **A** Der Plan A: Was in der Wirtschaft richtig ist, kann in der Politik nicht falsch sein

Das muss keine Träumerei bleiben. Das Ziel ist klar. Aber um es zu verwirklichen, braucht es Investitionen, also jede Menge Geld. Wenn ein Unternehmen eine große Investition stemmt, dann nimmt es dafür in der Regel einen Kredit auf. Selbst die sprichwörtliche schwäbische Hausfrau bezahlt ihr Häusle nicht vom Girokonto. Was sonst also völlig selbstverständlich ist, geht für den Staat im Moment nicht – wegen der sächsischen und deutschen Schuldenbremsen.

**Der Freistaat Sachsen muss in den nächsten Jahren mindestens zehn Milliarden Euro investieren, um fit für die Zukunft zu werden.** Wir schlagen vor: Lasst uns das machen, was in der Wirtschaft gang und gäbe ist. Lasst

uns machen, was nicht nur mit den USA, mit China, mit Brasilien und mit Frankreich weltweit Staaten machen. Lasst uns das machen, was in Deutschland führende Ökonomen und große Wirtschaftsverbände wie der Bundesverband der Deutschen Industrie fordern. Lasst uns die Wachstumsbremse lösen und zielgerichtet Kredite aufnehmen, um notwendige Investitionen in unsere Zukunft zu finanzieren – in unsere Schulen, unsere Krankenhäuser, bezahlbares Wohnen, schnelles Internet und den klimaneutralen Umbau unserer Wirtschaft. Die SPD steht im Bund und im Land bereit, die dafür erforderliche Modernisierung des Grundgesetzes und der sächsischen Verfassung vorzunehmen.<sup>1</sup>

### **B** **Der Plan B: Das kleine Investitionspaket, falls die Schuldenbremse bleibt**

In den vergangenen Jahren hat sich die Ideologie verbreitet, Staatsschulden seien schlimmer als der Teufel. Deshalb verhindern Parteien wie die CDU und die FDP lieber Investitionen in unsere Zukunft: in den Bau von Schulen, den Ausbau des ÖPNV oder den Erhalt von Krankenhäusern. Sie verhindern sie lieber, als die nötigen finanziellen Mittel dafür in die Hand zu nehmen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir hier eine klare Haltung: Ein ausgeglichener Haushalt ist erstrebenswert – aber wem nützt es, wenn der Freistaat zwar ohne Schulden, aber in allen anderen Fragen Schlusslicht ist? Auf diese Frage haben CDU und FDP ebenso wie AfD und andere bislang keine Antwort.

**Wir haben aber auch einen Plan B**, falls es keine Mehrheit für die Änderung des Grundgesetzes und der sächsischen Verfassung gibt. Sachsen ist finanziell so gut aufgestellt, dass wir auch ohne neue Schulden wichtige

erste Schritte gehen können. Am Ende ist es nur eine Frage der Prioritäten. Ohne Probleme könnte das Land in den nächsten fünf Jahren mindestens fünf der eigentlich benötigten zehn Milliarden Euro bereitstellen und sie in die Zukunft Sachsens investieren.

#### **Kurz und knapp geht das so:**

- **Rückzahlung von Corona-Krediten nicht übers Knie brechen, sondern wie die anderen Bundesländer über eine Generation strecken. Ergebnis: 1,5 Mrd. Euro zusätzliche Mittel in den nächsten fünf Jahren.**
- **Investitionen in das Land statt unrentable Rücklagen für die Beamtenpensionen der Zukunft. Ergebnis: 3,5 Milliarden Euro zusätzlich in den nächsten fünf Jahren.**

Wir haben vorgeschlagen, einen Fonds einzurichten: den „Sachsenfonds 2050“. Aus solch einem sogenannten „Sondervermögen“ könnten in den nächsten Jahren wichtige Investitionen finanziert werden. Bei Investitionen, die selbst direkt eine Rendite abwerfen, geht sogar noch mehr: Bis zu 10 Milliarden Euro Investitionskapital könnte Sachsen bereitstellen für eine Landesinvestitionsgesellschaft, die im Auftrag des Freistaats strategische Investitionen übernehmen würde.

<sup>1</sup> Es stimmt: Dafür muss die sächsische Verfassung geändert werden. Sachsen hat die strengste Schuldenbremse aller Länder, führende Wirtschaftswissenschaftler sprechen von einem „gefährlichen Sonderweg“, den Sachsen hier gegangen ist. Als SPD haben wir hierfür konkrete Vorschläge gemacht, wie die Schuldenbremse in die Realität geholt werden kann.

## Und im Detail:

### Tilgung von Corona-Krediten strecken

Sachsen hat zur Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen knapp drei Milliarden Euro an Krediten aufgenommen. Alle Bundesländer haben sich in dieser Zeit verschuldet. Nach der Krise geht Sachsen jedoch einen Sonderweg: Während sich die meisten Bundesländer mehrere Jahrzehnte Zeit lassen für die Rückzahlung der Kredite (das CDU-geführte NRW sogar 50 Jahre), will Sachsen die Tilgung in nur acht Jahren vornehmen. Die Rückzahlung der Kredite zur Bewältigung der Corona-Pandemie kostet jedoch fast eine halbe Milliarde jährlich. Geld, das dann an anderer Stelle fehlt. Dabei ist Sachsen ohnehin schon jetzt das Land mit der niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung bundesweit. Die CDU Sachsen ist lieber deutscher Meister im Schuldentilgen, als dass sie in Sachsens Zukunft investiert.

Wir wollen beides tun: Schulden zurückzahlen und gleichzeitig in die Zukunft finanzieren. Wir schlagen daher vor, die Tilgung der Kredite auf 30 Jahre zu strecken, so wie viele andere Bundesländer es tun. Damit könnten in den nächsten fünf Jahren 1,5 Milliarden Euro sinnvoller eingesetzt werden.

### Zuführungen an Beamtenpensionsfonds befristet reduzieren

In der Finanzpolitik unterscheidet man „implizite“ und „explizite“ Schulden. Letzteres bedeutet, dass sich ein Land Geld geliehen hat, welches es irgendwann zurückzahlen muss. „Implizite Schulden“ sind dagegen Kosten, bei denen man heute schon weiß, dass sie in der Zukunft bezahlt werden müssen. Das Krankenhaus, dessen Instandsetzung wir vor uns herschieben: implizite Schulden. Die Brücke, die heute schon baufällig ist, aber eigentlich erst in fünf Jahren saniert werden soll: implizite Schulden. Die Kosten, die entstehen, weil wir lieber in zehn Jahren draufzahlen als heute den Klima-

wandel zu bekämpfen: implizite Schulden.

Konservative sprechen in dem Zusammenhang am liebsten über die Pensionen, die das Land in Zukunft für seine ehemaligen Beamtinnen und Beamten zahlen muss. Auch das sind implizite Schulden. Keine Frage: Implizite Schulden sind ein Problem, das die Finanzpolitik im Blick behalten muss. Wenn sie zu sehr ansteigen, fehlt den künftigen Generationen der Spielraum, um ihre Gegenwart und ihre Zukunft zu gestalten. In Sachsen hat man sich aber einen Teil der impliziten Schulden herausgepickt und diese – nur diese – auf ein Schild gehoben: die Beamtenpensionen.

In der Debatte darum geht es zu keinem Zeitpunkt um die Pensionen selbst. Die garantiert die Verfassung den Beamtinnen und Beamten. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang aber, ob es klüger ist, das Geld dafür heute schon beiseite zu legen, oder ob man es dann zahlen sollte, wenn es fällig wird. In Sachsen wurde entschieden, hierfür Vorsorge zu betreiben, indem heute Geld in einen Fonds gelegt wird. Von diesen Rücklagen sollen dann in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren Pensionen bezahlt werden. Aktuell fließt jedes Jahr ungefähr eine Milliarde Euro in diesen Fonds, wo das Geld in Anleihen und Aktien angelegt wird.

Diese Vorsorge ist aber nur so lange klug, wie wir dafür keine anderen impliziten Schulden in die Zukunft verlagern. Wenn zum Beispiel der Finanzminister mit den Rücklagen aus dem Fonds 3 % Gewinn im Jahr macht, die Kosten für die Sanierung eines Krankenhauses aber jedes Jahr um 5 % steigen, dann war und ist das keine kluge Vorsorge. Dann ist es unterm Strich günstiger, heute das Krankenhaus zu sanieren. Sowohl die Pensionen als auch die Sanierung von Krankenhäusern sind unverhandelbar. Beides sind implizite Schulden und sollten auch gleichbehandelt werden.

Vorsorge ist gut, aber nicht um jeden Preis. Wenn der Beamtenpensionsfonds nominell

zwar Zinsen erwirtschaftet, diese aber niedriger sind als die Inflation, dann verbrennt er in Wahrheit Geld. Vorsorge als Mantra ist Ideologie und vernichtet sächsisches Vermögen. Das gilt gerade in Zeiten knapper Kassen. In der Not betreibt niemand Vorsorge – im Gegenteil, man nutzt sie.

Wir schlagen deshalb vor, die Zuführungen an den Beamtenpensionsfonds für die nächsten fünf Jahre auf ein Drittel zu reduzieren. So können mindestens 3,5 Milliarden Euro in diesem Zeitraum nachhaltiger investiert werden – und die Pensionen sind trotzdem sicher.<sup>2</sup>

### **Landesinvestitionsgesellschaft gründen**

Das Geld im Beamtenpensionsfonds wird im Moment in Aktien und Anleihen investiert. Sachsen könnte das Geld jedoch auch anders anlegen. Eine Schule zu bauen ist notwendig, wirft aber keinen klassischen Gewinn ab, obwohl es eine Investition in die Zukunft ist. Bei anderen Investitionen sieht das anders aus: Wer Strom- und Wasserstoffleitungen baut oder Breitbandkabel verlegt, kann die Investitionen über Netzentgelte refinanzieren. Wer Wohnungen baut, erhält Mieten und schafft Werte für Jahrzehnte. Wer in Unternehmen investiert, kann Anteile im Zweifelsfall auch wieder verkaufen.

Mit solchen alternativen Anlagen könnte Sachsen nicht nur ebenso gut Rendite erwirtschaften für den Beamtenpensionsfonds. Es würde gleichzeitig die heimische Wirtschaft stärken und die Lebensbedingungen aller Menschen im Land verbessern. Letztlich gilt: Die beste Rendite für Sachsen ist eine Wirtschaft, die weiter floriert und mehr Steuern in die Kassen von Land und Kommunen spült.

Daher schlagen wir vor, eine Landesinvestitionsgesellschaft zu gründen. Im Beamtenpensionsfonds liegen 10 Milliar-

den Euro. Die Gesellschaft könnte einen Teil dieses Geldes für rentable Investitionen im Freistaat Sachsen nutzen.

### **Stell dir vor: Was Sachsen alles könnte**

Sachsen hat Potenzial und Sachsen hat die Ressourcen, das Potenzial zu nutzen. Wir dürfen die Chance nicht verstreichen lassen, die Dinge, die wir uns heute nur vorstellen, auch umzusetzen. Wir wollen irgendwann auf eigenen Beinen stehen. Das kommt nicht von allein.

Deshalb ist es wichtiger denn je, Politik in langen Linien zu denken. Es hilft nichts, nur in Jahresscheiben zu denken und dabei von Jahr zu Jahr die Spielregeln zu ändern. So traut sich kein Unternehmen, Risiken einzugehen und selbst Investitionen zu tätigen. Nicht alle Investitionen müssen aus Steuergeldern bezahlt werden. Vieles kann die Wirtschaft auch selbst machen. Dafür muss aber langfristig klar sein, welche Rahmenbedingungen gelten. Und der Staat muss die Investitionen übernehmen, die nicht Aufgabe der Unternehmen sind, aber den Weg aufzeigen für wirtschaftliche Entwicklung, oder die wichtigen Voraussetzungen schaffen wie gute Bildung und eine ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Das kann Realität werden. Wir müssen es nur anpacken.

**Ja, das kostet viel Geld. Aber Sachsen kann – und muss – sich das leisten. Wir brauchen die Zukunftsinvestitionen. Die SPD Sachsen und Petra Köpping am 1. September zu wählen, bedeutet ein Kreuz für mehr Investitionen in Sachsens Zukunft.**

<sup>2</sup> Manche Menschen behaupten, dafür müsste die Verfassung geändert werden. Das stimmt nicht. In Artikel 95 der sächsischen Verfassung steht, dass für die Beamtenpensionen der Zukunft „auskömmliche Vorsorge“ zu leisten ist. Was dort explizit nicht steht: „vollständige Vorsorge“.